

# Demokratische Bildung für Alle

## Was auf die Bildungspolitik des Rechtssenats folgen muß



Das von der Handelskammer für den Rechtssenat entwickelte marktradikale Leitbild der "Wachsenden Stadt" wurde in seiner Zielrichtung häufig unterschätzt. Der an den Profiten der Großkonzerne orientierte Umbau des "Standorts Hamburg" wird von Kapitallobbyisten und den rechten Parteien auch über den Wahltag hinaus verfolgt werden. Die Kürzungen des Rechtssenats hatten stets eine erhöhte soziale Ausgrenzung zur Folge, dennoch wurden Senat und Handelskammer nicht müde, bei jeder Gelegenheit den gestiegenen Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften zu beteuern. Im menschenverachtenden Neusprech des Senatsleitbildes Wachsende Stadt liest sich das so: "Die Einkommens- und Beschäftigungschancen einer Region sind in hohem Maße von der Humankapitalausstattung abhängig. Die Akkumulation von Humankapital wird zunehmend zu einem treibenden Faktor wirtschaftlichen Wachstums." Dem diente zum einen die Abwerbung von Fachkräften aus anderen Regionen. Zum anderen sollten die Bildungseinrichtungen durch Spardruck, Privatisierung und managementorientierten Leitungsstrukturen dazu gebracht werden, am Standort Hamburg einen möglichst hohen 'Output' profitabel verwertbaren Menschenmaterials auszuspucken.

Gesteigerter sozialer Druck, erhöhte Leistungsanforderungen und gestrichene Förder- und Integrationsmaßnahmen dienen der Verschärfung der Konkurrenz der Lernenden untereinander. Statt den Mangel an Ausbildungs- und Studienplätzen zu beheben, werden die "ausbildungsunwilligen oder -fähigen" Jugendlichen zum Problem erklärt. Durch modularisierte Ausbildungsabschlüsse und Kurzeitstudiengänge soll in Masse und Elite getrennt werden. In der so geschürten Konkurrenz jeder gegen jeden sollen die von der Wirtschaft geforderten Arbeitsmarktqualifikationen unkritisch und scheinbar im eigenen Interesse erworben werden. Demokratische Selbstverwaltung, politische Interessenvertretung und der Einfluß der Gewerkschaften in den Bildungseinrichtungen stehen uneingeschränktem Profitstreben im Weg; diese Beteiligungsmöglichkeiten sollen deshalb beseitigt werden.

Der vom Rechtssenat betriebene Umbau der Stadt im Profitinteresse lässt sich umkehren. Das Ende des Schill-Beust-Senats, das in direktem Zusammenhang mit den zahlreichen Protesten in der Stadt steht, ist dafür eine ideale Ausgangslage. Worum es jetzt geht, ist nicht, eine etwas "seriösere" Regierungspolitik durchzusetzen, sondern eine Bildungspolitik mit einem ganz anderen Maßstab: Die vernünftige Nutzung der kulturellen und technischen Hervorbringungen menschlicher Zivilisation zur Verbesserung der Lebensbedingungen Aller. Die Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Frieden und soziale Gleichheit lassen sich nur durch die Kooperation Aller und nicht vereinzelt oder gegeneinander erreichen. Bedarfsgerecht finanzierte demokratische Bildung für Alle ist ein strategischer Ausgangspunkt dafür, dieses Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen und so zur umfassenden Entfaltung aller Menschen in der solidarischen Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen beizutragen.

Wie und gegen welche Widerstände das zu erreichen ist, wollen wir gemeinsam mit Euch diskutieren:

### **Demokratische Bildung für Alle**

#### **Was auf die Bildungspolitik des Rechtssenats folgen muß**

Diskussionsveranstaltung  
am Dienstag, den 13. Januar 2004, um 18.00 Uhr  
im SPD-Kreishaus Eimsbüttel, Grindelberg 59  
mit:  
Felix Lorenzen (SchülerInnenkammer),  
Sabine Boeddinghaus (Elternverein),  
N.N. (Gewerkschaftsjugend/Berufsschulen, angefragt),  
N.N. (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW, angefragt) und  
Niels Kreller (Fachschaftsrätekonferenz an der Uni – FSRK)